mit aller Energie für die Ideen der Sozialdemokratie zu wirken, trotz allen Machinationen unserer Gegner."

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung hierauf ihren Schluß.

Neustadt b. Stolpen. Die Freisinnigen versuchten am vergangenen Sonntag abermals ihr Heil mit einer Volksversammlung, in der Herr Redakteur Schiering-Pirna über „Politische Ereignisse" sprach. Schon der recht schwache Besuch — nur 40 Personen erschienen — zeigte, wie wenig Anklang die Freisinnigen finden; wie könnte es auch anders sein. Aus dem Vortrage ist nur erwähnenswert, daß Herr Schiering von einer „großen, liberalen Partei" träumt; es ist das bekannte Hundstagsprojekt der „National-Zeitung", das von dieser längst aufgegeben, von den Freisinnigen, die sich ihrer Schwäche bewußt sind, aber immer noch gepflegt wird. Genosse Walther hatte es leicht, dem Redner nachzuweisen, daß die Verbindung mit den Nationalliberalen die Freisinnigen um das letzte Restchen Ansehen bringen würde.

Hochkirch. Eine Kanone fuhr einen Straßenbaum um, wobei einem Kanonier der Kopf zerquetscht wurde.

Freiberg. Ein Opfer der Unsitte, Obstreste auf Dielen oder Pflaster zu werfen, ist hier der Turnlehrer Heinrich Fries geworden. Er trat auf ein hingeworfenes Obststück und kam so unglücklich zu Falle, daß er sich schwere innere Verletzungen zuzog, denen er erlegen ist.

Riesa. Beim Zerteilen eines Holzflosses in der Elbe fand man am 13. d. M. hier den Leichnam einer Frau. Der Leichnam hat bereits etwa 4 Wochen im Wasser gelegen.

Großenhain. Einen Selbstmordversuch, der einen beträchtlichen Menschenauflauf verursachte, machte in den Promenadenanlagen ein auswärtiger Bäcker. In diesem beklagenswerten Schritte sollen Zahlungsschwierigkeiten die Veranlassung gegeben haben. Der Revolver wurde konfiszirt und der Mann ins Krankenhaus gebracht.

Großerkhain. Bei schönstem Wetter wurde am Sonntag in den Anlagen des „Villa"-Restaurants eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten, in der Genosse Reichstagsabg. Fritz Geyer einen interessanten Vortrag über: „Der neue sozialpolitische Kurs und die Reorganisation des Handwerks" hielt. Der Referent beleuchtete in scharfen kritischen Ausführungen die Sozialpolitik der Regierung seit 15 Jahren und wies an den vorhandenen Versicherungs- und Arbeiterschutzbestimmungen nach, wie wenig den Arbeitern ihre Lage verbessert worden sei. Und doch seien in den Botschaften von 1881 und 1890 den Arbeitern bedeutende Besserungen versprochen worden. Auch die neue Versicherungsgesetz-Novelle bringe den Arbeitern statt Besserungen noch mehr Schwierigkeiten, Rente zu erhalten. Mit der Reorganisation des Handwerks würden ebenfalls den Arbeitern mancherlei Schädigungen zugefügt, während den Kleinhandwerkern damit nicht geholfen würde, weil ihre schlechte Lage, die auch wir anerkennen, nicht in der Handwerkerorganisation, sondern in der Entwickelung der maschinellen Produktionsweise zu suchen sei. Es sei daher nur als Schwindel zu bezeichnen, wenn die sogenannten Ordnungsparteien den Handwerkern versprechen, durch organisatorische Mittel zu helfen, denn die Führer hätten soviel ökonomische Kenntnis, um zu wissen, woher der Rückgang und die Verschlechterung der Lage des Handwerks komme. Es werde sich zeigen, daß die Sozialdemokratie die Entwickelung richtig beurteile und auch die Handwerker werden es immermehr erkennen lernen und sich der Sozialdemokratie anschließen, um dann gemeinsam mit den Arbeitern für Beseitigung der gegenwärtigen Mißwirtschaft zu sorgen. Eine Debatte schloß sich dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht an. Der Vorsitzende fordert die Versammlung auf, Partei und Presse durch Beitritt zu sozialdemokratischen Vereinen und Abonnement des „Volksfreund" rege zu unterstützen, womit die Versammlung schloß.

Döbeln. Am 16. Juli d. J. sprang an der Brücke in der Nähe vom Hotel Kronprinz ein seiner Zeit zur Uebung eingezogener Reservist des 139. Infanterie-Regiments in selbstmörderischer Absicht in die Mulde, wurde aber durch drei seiner aktiven Kameraden noch lebend aus dem Wasser gezogen. Die drei Lebensretter, die Soldaten Adler und Klee von der 3. Kompagnie und Gruhl von der 5. Kompagnie des 139. Infanterie-Regiments, haben nun jeder die Lebensrettungsmedaille erhalten und sind außerdem zu Gefreiten befördert worden. Ob dem armen Manne, der den Tod der Ferienkolonie vorziehen wollte, die Rettung angenehm gewesen, ist sehr zweifelhaft.

Oederan. Zum Regulativ über die Aufbringung der Gemeindeanlagen in Oederan ist folgender Nachtrag in Kraft getreten: „Anlagenpflichtige, welche bei der Einschätzung aus Versehen übergangen oder um mindestens zwei volle Klassen zu niedrig eingeschätzt worden sind, sind zur Nachzahlung des dadurch der Stadtgemeinde entgangenen Anlagenbetrags verpflichtet und können hierzu, gleichviel ob eine Hinterziehung vorliegt oder nicht, herangezogen werden." — Von der Kreishauptmannschaft und dem Kreisausschuß zu Zwickau ist dieses Regulativ mit der Bedingung genehmigt worden, daß die Nachforderung nur auf die letzten 3 Jahre erfolge.

Leipzig. Der Kampf gegen die Konsumvereine ist hier in ein neues Stadium getreten. Der Verein Leipziger Kaufleute hat folgende Wünsche an den Stadtrat gelangen lassen:

a) Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und andere mit juristischer Persönlichkeit ausgestattete großkapitalistische Assoziationen, sowie alle Vereinigungen, gleichviel, ob solche ins Genossenschafts-Register eingetragen sind oder nicht, dafern ihnen nur eine gewisse Organisation zu Grunde liegt, die sich im Steuerkreis Leipzig damit befassen, im Detailhandel Lebensmittel, Genußmittel, Bekleidungsgegenstände und ähnliche für den täglichen Bedarf dienende Artikel zu verkaufen, mit einer besonderen Gewerbesteuer von 3 Prozent des Brutto-Umsatzes des letzten Jahres zu veranlagen.

Bei Heranziehung zu dieser Steuer soll es keinen Unterschied ausmachen, ob es sich im einzelnen Falle um den Hauptverein oder die Genossenschaft selbst oder um Filialen oder Nebenstellen von solchen handelt.

b) Alle Filialgeschäfte von physischen Personen im Steuerkreis Leipzig, gleichviel, wo das Hauptgeschäft sich befindet, die mit sub. A. bezeichneten Waren Detailhandel treiben, mit einer besonderen Gewerbesteuer von 3 Proz. des Brutto-Umsatzes des letzten Jahres zu veranlagen.

Die Antragsteller empfehlen hierbei, solche Geschäfte, deren Inhaber das Geschäft als Fabrikniederlage, z. B. auswärtiger oder hiesiger Konfekturen- und Chokoladengeschäfte rc. bezeichnen, und gezwungen sind, in der Hauptsache nur die Waren des betr. Lieferanten zu führen, auch als Filialgeschäfte anzusehen, ebenso, wenn bisherige Filialen unter gleichen Bedingungen an bestimmte Personen übertragen werden.

Man sieht, Bescheidenheit ist nicht die schwache Seite der Leipziger Krämer. Ja, in ihrer Unverfrorenheit gehen sie so weit, in der Begründung zu behaupten, ihr Antrag liege im Interesse der Arbeiter. — Wenn auch die Leipziger Stadtverwaltung auf diesen Schwindel nicht hineinfällt, so fürchten wir nichtsdestoweniger, daß sie sich den Forderungen der Krämerstippe willfährig zeigen wird.

Leipzig. Die meisten der hier bestehenden Fabriken mechanischer Musikwerke haben in den letzten Jahren sehr gute Geschäfte gemacht und waren wiederholt gezwungen, ihre Betriebsstätten zu erweitern. Viele neue derartige Fabriken sind allein während des letzten Jahrzehnts entstanden und haben gleichfalls für ihre Erzeugnisse guten Absatz gefunden. Nun hat bereits vor kurzer Zeit die Fabrik in Wahren, vormals Riedner, mit drei großen Ausfuhrgeschäften einen Vertrag abgeschlossen, daß sie ihre Fabrikate nur diesen in einem gewissen Verhältnisse zum Betrieb überläßt. Jetzt haben sich 20 andere Firmen, die Musikwerke im großen verkaufen, zu einem Vereine deutscher Musikwaren-Grossisten zusammengethan, sind mit den größeren Fabriken in Unterhandlungen getreten und haben sich zur Abnahme sämtlicher Fabrikate zu einem gewissen Preise verpflichtet. Die Mitglieder selbst müssen beim Verkaufe bestimmte Mindestpreise festhalten. Dem Uebereinkommen sind nur einige kleine Fabriken und Händler noch nicht beigetreten.

Olbernhau. Die Frau des Hausbesitzers Ernst Postlenberger in benachbarten Schönfeld, die vor ungefähr 14 Tagen infolge einer Lampenexplosion schwere Brandwunden erlitten hatte, ist jetzt von ihren Leiden durch den Tod erlöst worden.

Annaberg. Ein Geschäftchen wird gemacht wo es irgend geht. In der letzten Sitzung des hiesigen Stadtverordnetenkollegiums ergriff vor Schluß der Tagesordnung der freisinnige Stadtverordnete Koch das Wort und führte aus, er habe unlängst erfahren, daß der ehemalige Stadtverordnete Finck gelegentlich des Besuchs des vor 2 Jahren in Meißen stattgefundenen Gemeindetages für 3 Tage die Tagegelder liquidiert habe, während er nur an 2 Tagen dort anwesend gewesen sei. Er bat den Vorsitzenden, Mittel und Wege zu ergreifen, um den von Finck zu viel erhobenen Betrag zurückzuerhalten. Der Stadtrat soll Erörterungen anstellen.

Löbau. Am Sonnabend fiel das 2jährige Kind eines Arbeiters rücklings in einen auf der Diele stehenden Topf mit siedend heißem Wasser. Durch die herzzerreißenden Schreie des Kindes kam die Wirtschafterin herein und befreite dasselbe aus der unglücklichen Situation. Die erhaltenen Verletzungen waren jedoch derart erhebliche, daß der Tod das Kind bald von seinen Leiden erlöste.

Zittau. Der Druck des hiesigen Amtsblattes wird von 10 zu 10 Jahren vergeben. Die Zeit ist zu Neujahr 1897 wieder um. Bei der neuen Preisausschreibung hat sich ein Preisunterschied von etwa 100 000 M. herausgestellt. Buchdruckereibesitzer Menzel will den Auftrag pro Jahr 1000 M. billiger machen als bisher, ein anderer um 3000 M. billiger als bisher und die Firma Haase u. Boes um 10 000 M. pro Jahr billiger als bisher. Das sind Differenzen in 10 Jahren von 10—100 000 M. Ein hübscher Beitrag zu dem Kapitel: Konkurrenzwirtschaft im Buchdruckgewerbe.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ein ehemaliger Theologe hatte sich wegen dreier Vergehen wider die Sittlichkeit zu verantworten. Max Josef Brüder hat als Kellner im „Triumph" im Sommer 1895 sich unsittlich gegen ein 8jähriges Mädchen vergangen; die gleiche Handlung wiederholte er Anfang d. J. in der Wohnung der Eltern und schließlich mißbrauchte er noch ein 5jähr. Mädchen. In allen Fällen wurde als mildernder Umstand angenommen, daß die strafbare Handlung nicht weit vorgeschritten war. Brüder wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sodomiterei führte den noch nicht 18jährigen Dienstknecht Otto Max Becker auf die Anklagebank. Er hat auf freiem Felde bei Bautzen in Gegenwart anderer Personen ein Pferd geschlechtlich gemißbraucht. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis.

Reichsgericht.

Schneidet jemand einem anderen gewaltsam den Bart ab oder Teile desselben, ohne ihm dabei Schmerz zu bereiten, so ist, nach einem Urteil des Reichsgerichts der Thäter deshalb nicht wegen Körperverletzung zu bestrafen, wohl aber kann darin eine strafbare Beleidigung gefunden werden. . . . Wenn die Strafkammer zu der Feststellung gelangt ist, durch die Angeklagten sei irgend ein Schmerzgefühl oder körperliches Unbehagen nicht hervorgerufen worden, so war es nicht rechtsirrig, den Begriff einer Körperverletzung nicht anzunehmen. Der Gesichtspunkt der Verletzung der körperlichen Unversehrtheit genügt nicht, weil die Unversehrtheit des Körpers an und für sich kein strafrechtlicher Begriff und ihre Verletzung nicht absolut, sondern nur in Beziehung auf die Rechtsgüter, gegen die sich der rechtswidrige Angriff richtet, unter Strafe gestellt ist; und hier ist der Punkt, von dem aus der Revision stattzugeben war. Das verletzte Rechtsgut kann zwar und wird in der Regel das körperliche Wohlbefinden sein, dann liegt zweifellos Körperverletzung vor. Das Gesetz hat aber auch Thätlichkeiten vorgesehen, bei denen dies nicht der Fall ist, sondern das Rechtsgut der Ehre verletzt wird."

Grober Unfug. Die Aufforderung, bei Streiks Zuzug fern zu halten, ist wiederholt von den Gerichten als „grober Unfug" bestraft worden. Ein neuerer Versuch des Staatsanwalts in Schweidnitz in dieser Beziehung ist vom Landgerichte in Schweidnitz zurückgewiesen worden. Das Gericht begründet die Zurückweisung wie folgt:

Der von der Staatsanwaltschaft behauptete „grobe Unfug soll durch ein Inserat verübt sein, welches von dem Komitee der streikenden Textilarbeiterschaft von Kottbus, speziell dessen Vorsitzenden, dem Beschuldigten Beiß, an den Beschuldigten Feldmann gesandt und von diesem in Nr. 20 des von ihm redigierten „Proletarier aus dem Eulengebirge" aufgenommen worden ist.

Dasselbe bezieht sich auf den Ausstand der Kottbuser Tucharbeiter und es werden darin alle deutschen Arbeiter aufgefordert, sich nicht nach Kottbus ziehen und dazu gebrauchen zu lassen, durch Unterstützung der Arbeitgeber den Ausstand der Genossen zu stören und zu beeinträchtigen.

Zuwiefern darin ein grober Unfug liegen soll, ist nicht zu ersehen.

Die Arbeiter haben das Recht, einen Ausstand zu veranstalten und mit allen Mitteln, welche nicht gesetzlich verboten sind, wie z. B. Drohung, Erpressung und dergleichen, durchzuführen. Von diesem Rechte haben sie hier in erlaubter Weise Gebrauch gemacht. Dafür, daß dadurch das Publikum in ungehöriger Weise belästigt worden wäre oder hätte in Unruhe versetzt werden können — wie es zum Begriffe des groben Unfugs gehört — liegt gar nichts vor.

In der Beschwerde wird zugegeben, daß der Zweck des Inserats der oben gedachte gewesen sei. Unrichtig ist aber, daß, wie es weiter heißt, dadurch bei allen Arbeitern im Textilfache die Besorgnis einer Schädigung erweckt werden konnte. Das Inserat bezog sich nur auf den Kottbuser Ausstand und betraute die Arbeitgeber an anderen Orten gar nicht. Daß Ausstände überall vorkommen können, ist eine bekannte Erfahrung, die nicht erst durch ein solches Inserat dargethan wurde. Die Stimmung einzelner Arbeitgeber, welche etwa daran Anstoß nehmen, kann aber nicht maßgebend sein. Hiernach liegen die Voraussetzungen des § 360 Z. 11 Str.-G.-B. nicht vor. Die Beschwerde war daher zurückzuweisen.

Versammlungen.

„Was kann zur Hebung der Dresdner Gewerkschafts-Verhältnisse gethan werden?" Gestern abend wurde in der „Gold'nen Aue" eine von ca. 1200 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung abgehalten, in der Genosse Fricke (Maler, Vorsitzender des Zentralvereins aller Branchen) über obiges Thema referieren sollte. Für eine objektive Berichterstattung ist allerdings die Wiedergabe des Referats schwierig, da man dem Gedankengang des Referenten sehr schwer folgen konnte; wir versuchen indes ein Bild des Vortrags zu geben. Fricke leitete ihn mit dem Hinweise ein, daß der wirtschaftliche Kampf noch nie so hervorgetreten sei, wie in diesem Jahre. Das hänge mit der Entwickelung des Kapitalismus zusammen; die Herabdrückung der Löhne hätte notwendig den Streik zur Folge. Nach den Kämpfen des Sommers müsse Umschau gehalten werden, was zur Hebung und Stärkung der Gewerkschaften Dresdens gethan werden könne. Die Dresdner Gewerkschaften seien von der allgemeinen Gewerkschaftslage abhängig; es liege an den inneren Verhältnissen der Gewerkschaften, wenn manche sich nicht an den Streiks beteiligen konnten. Zum Teil seien statutarische Bestimmungen, zum Teil sei das sächsische Vereinsgesetz schuld. Es trete die Frage auf, ob nicht bei einer anderen Organisationsform raschere Hilfe bei Streiks gebracht werden könne. Der Verein Zentralkommission sei zu der Meinung gelangt, daß viel zu thun sei zur Hebung der Gewerkschaftsverhältnisse. Die Arbeiter seien sich nicht klar, was für Aufgaben an die Zentralkommission gestellt werden; es habe sich im letzten Jahr die Korrespondenz verdreifacht, mit Unterstützungsgesuchen werde die Kommission geradezu überschwemmt. Die Agitation müsse die Hauptsache sein. Ueber das, was zur Erhaltung der Gewerkschaften notwendig sei, seien die Theoretiker und Praktiker verschiedener Meinung: bei dem Meinungsstreit werde oft der Moment zum Losschlagen verpaßt. Die jüngste Organisation sei die der Ratsarbeiter; wenn dieselbe sich bis jetzt wenig um die allgemeine Arbeiterbewegung kümmere, so sei wohl die Ursache, daß sie mit sich selbst viel zu thun habe und vielleicht auch, weil bei der Gründung Fehler gemacht wurden. Es sei notwendig, den Textilarbeitern, städtischen Arbeitern, Musikern, Gastwirtsgehilfen und Kutschern beizustehen. Der Kampf gegen die Mißstände im Baugewerbe stehe jetzt still; es seien eben Bestrebungen im Gange, die Frage den „Wissenschaftlern" zuzuschieben, die doch von den Männern der Praxis gelöst werden müsse. Man hat der Bewegung gegen diese Mißstände von gewisser Seite — wen ich meine, wissen Sie — nicht die nötige Hilfe angedeihen lassen, deshalb sei nichts aus ihr geworden. Die Erringung des Achtstundentages interessiere alle Arbeiter gleichmäßig, so daß diese Frage in den Mittelpunkt gerückt werden müsse. Alle diese Fragen seien mehr oder weniger an die Zentralkommission herangetreten und man habe sich gefragt, ob es nicht möglich sei, eine ständige Vertretung zu errichten. Mehrfach sei die Kommission gefragt worden, ob sie schriftlich für die Gewerkschaften agitieren wolle. Wäre ein Arbeitersekretariat vorhanden, so könnte man diese Wünsche erfüllen, aber die Frage sei speziell in Kreisen verhandelt worden, von denen man es nicht wünschen könne. Der Altstädter Sozialdemokratische Verein habe zur Erörterung der Frage eine besondere Versammlung abgehalten, auch verschiedene Gewerkschaften hätten sich leicht darüber hinweggesetzt; man habe eben übersehen, daß eine ständige Vertretung der Gewerkschaften erstrebt würde. Die Gewerkschaften sollten nochmals darüber beraten. Es werde oft geklagt, daß es schwer sei, Referenten zu erhalten, es koste oft viele Mühe. Diese Frage müsse besonders ins Auge gefaßt werden. Der wirtschaftliche Kampf bedinge, daß die Gewerkschaft ausgestaltet werde, damit sie der politischen Organisation gleich stehe. Früher habe man oft der Gewerkschaft keine Selbständigkeit gelassen; jetzt gebe sich die Parteipresse allerdings mehr Mühe, aber vieles sei noch mangelhaft. Der Gewerkschaftskongreß habe bewiesen, daß viele Gewerkschafter mit der Partei nicht zufrieden seien. Bei gewissen Leuten trete die Tragweite gewisser Fragen nicht so in den Vordergrund, wie es sein müßte; das könne bei einem Politiker nicht anders sein. Die Gewerkschaft müsse unter allen Umständen ein wichtiger Faktor werden zur Erringung politischer und sozialer Freiheit. Die bei der Diskussion über das Gewerkschafts-Sekretariat gesagt haben, es müsse mehr geleistet werden für die Gewerkschaften, die sollten jetzt praktische Vorschläge machen.

Ein Teil der Versammelten klatscht Beifall. In der Diskussion erhält zunächst das Wort Bauarbeiter Bigg. Er stellt fest, daß nicht richtig sei, was Fricke über den Stillstand der Bewegung gegen die Mißstände auf Bauten gesagt habe.

Redakteur Eichhorn hat geglaubt, Fricke werde Vorschläge machen, was zur Hebung der Gewerkschaftsverhältnisse gethan werden könne. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Gewiß seien die Versammelten enttäuscht. Wenn man reden wolle über das, was zu thun ist, so müsse dies genannt werden. Fricke als Vorsitzender der Zentralkommission sei doch die berufenste Person dazu. Die Frage des Sekretariats aufzurollen, sei müßig, nachdem es fast überall abgelehnt wurde. Es sei übertrieben, daß nur ein Sekretariat helfen könne; die Gewerkschaftskommission möge nur einmal aus sich selbst heraus etwas Positives thun. Positive Arbeit sei z. B. die Enquete der Neustädter Metallarbeiter; die Kommission habe keinen Versuch nach dieser Richtung gemacht. Fricke habe sich nicht verkneifen können, einen Gegensatz zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung konstruieren zu wollen. — natürlich unter dem Deckmantel: „Es muß beide Bewegungen geben." Eichhorn weist nunmehr nach, daß thatsächlich kein Gegensatz besteht. Jeder Klassenkampf ist zunächst ein ökonomischer Kampf, in dem die Gewerkschaften die Kleinarbeit verrichten. Wenn der wirtschaftliche Aufschwung ausgenutzt werden solle, so müsse unter allen Umständen auch politisch gekämpft werden. Was sei es anders, als ein politischer Kampf, wenn für den gesetzlichen Achtstundentag gestritten werde? Die Dresdener Bauarbeiter hätten ja auch durch die Delegierung des Vertrauensmannes zum Reichskanzler eine Einwirkung auf die Gesetzgebung versucht. Endlich erinnert Redner an die Koalitionsfreiheit. Ohne diese kann die Gewerkschaft nicht bestehen; die politische Partei aber ist der Hüter der Koalitionsfreiheit. Er erinnert auch daran, daß aus der Parteikasse öfters Gelder für Streiks gegeben wurden. Er fordere Fricke auf, einen einzigen Fall zu nennen, in dem die Partei den Gewerkschaften Vorschriften gemacht habe. Allerdings behalte die Partei sich vor, zu allen Vorgängen des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen; dasselbe Recht haben auch die Gewerkschaften. Der thue der Gewerkschaft einen schlechten Dienst, der einen Gegensatz zur Partei konstruieren will; es muß unsere Aufgabe sein, beide zu vereinen. (Lebhafter Beifall.)

Metallarbeiter Haack hebt hervor, daß die politisch thätigen Arbeiter meist auch für die Gewerkschaft thätig sind. Er sieht einen Uebelstand für die Gewerkschaften in dem Bestehen vieler kleiner Vereine, man solle sich zu großen Verbänden zusammenschließen. Die Agitation solle im kleinen Kreise geübt werden; jeder Gewerkschaftler solle zum Agitator erzogen werden.

Tischler Krüger teilt die allgemeine Verwunderung über Frickes Referat. Nach der Art der Einberufung zu schließen, mußte Fricke ein Universalmittel in der Tasche haben. Er betrachtet als Aufgabe der Kommission in erster Linie die Pflege der Agitation und Statistik; weiter hinten kommt dann erst die Aufbringung von Mitteln für Streiks. Die politische Lokalpresse habe doch alles mögliche für die Unterstützung der Gewerkschaftler gethan, aber es wäre besser gewesen, wenn die Parvus-Artikel, aus denen er manches gelernt habe, vor dem Berliner Kongreß erschienen wären. Der Kongreß würde dann manchen Fingerzeig gehabt haben. Es sei sehr natürlich, daß das Interesse für politische Tagesfragen in der Masse leichter erweckt wird, als für gewerkschaftliche. Was Haack über die Vereinsspielerei sagt, könne er nicht ohne weiteres gut heißen; die Branchen haben oft eigenartige Verhältnisse und besondere Interessen, die in einer Branchenorganisation mehr zur Geltung kommen.

Redakteur Wittrisch konstatiert, daß Fricke viel von Verhältnissen, zur Abwechslung von „gewissen" und „bestimmten" Verhältnissen, geredet habe; was das für Verhältnisse waren, habe er nicht verraten. Ueberhaupt sei das ganze Referat völlig wertlos; es könne sich kein Mensch ein Bild von der thatsächlichen Lage machen und das sei doch erstes Erfordernis jedes Urteils. Nicht an der Referentenfrage läge es, wenn die Gewerkschaften nicht vorwärts kommen, sondern an der Thätigkeit der Gewerkschaften selbst. Anstatt sich mit dem Nächstliegenden, mit den Verhältnissen des Berufs vorzugsweise zu beschäftigen, lasse jedes Bestreben in fast jeder Versammlung sich einen politischen, wissenschaftlichen oder allgemein gehaltenen Vortrag halten. Des Raubbaues, der mit den Referenten getrieben wird, wolle er gar nicht gedenken. Aber die Gewerkschaft schädige sich; die Versammlungen gewinnen nicht die Ueberzeugung, daß die Gewerkschaft die Berufsinteressen wahrt. Zur Pflege des allgemeinen Wissens giebt es andere Vereine, man solle sich also nicht wundern, wenn viele der Gewerkschaft fern bleiben. Mit dem Vorwurf, der den politischen Zeitungen gemacht werde, stehe es ähnlich. Nicht die politischen Zeitungen vernachlässigen die Gewerkschaftsbewegung, sondern auf die Gewerkschaftsredakteure treffe dies mit wenigen rühmlichen Ausnahmen zu. Wie viele Gewerkschaftsredakteure stecken denn die Nase in die Handelskammerberichte, in die Berufsstatistik, Handelsstatistik rc.? Die Regel bilde, daß irgend ein allgemeiner politischer Artikel nachgedruckt wird, während man sich doch auch in der Politik beschränken und beziehen solle auf den Beruf. Die Gewerkschaft selbst von innen heraus bessern, das sei notwendig, geschähe dies, so entfalle der ewige und stets unhaltbare Vorwurf: Die Partei thue nicht genug.

Buchdrucker Sindermann hebt hervor, daß die Pflege des Delegierten- und Vertrauensmännersystems notwendig sei. Er stimmt darin bei, daß die Berufsverhältnisse mehr erörtert werden sollen: Mißstände liegen genug vor; die Versammlungen, die sich damit beschäftigen, sind am besten besucht. Die Frage, ob sich nicht lieber die kleinen Berufs- und Fachvereine den großen Industrieverbänden anschließen sollen, müsse ernstlich diskutiert werden. Auf jeden Fall würde dadurch eine große Kraftzersplitterung vermieden werden. Im übrigen müssen sich alle Gewerkschaftsorganisationen den industriellen Aufschwung sehr zu Nutze machen und auf dem Wege des wirtschaftlichen Kampfes wie der Gesetzgebung den Achtstundentag energisch fordern. Der Klassenkampf müsse ebenfalls schärfer hervortreten, man dürfe nicht wie so manche Organisation der Harmoniedusselei verfallen. Zu einer wirksamen Agitation müssen Erhebungen über die Zahl der Organisierten, sowie über Arbeits- und Lohnbedingungen angestellt werden und diese den Vertrauensmännern und Agitatoren zugestellt werden, es sei dann leichter, die indifferente Masse von dem Nutzen der Organisationen zu überzeugen. (Beifall.) Zum Schluß schlägt Redner folgende Resolution vor:

„Die Versammlung erklärt: Da die industrielle Situation jetzt eine günstige und dementsprechend die Zahl der Arbeitslosen, wie die Reichsstatistik beweist, eine verhältnismäßig geringere als in früheren Jahren ist, so ist die Möglichkeit geboten, den Unternehmern im wirtschaftlichen Kampf Zugeständnisse abzutrotzen, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen nach ihrer Mitgliederzahl und ihrem Kassenbestande stark genug sind, um diesen Kampf zu führen. Um aber die breiten Arbeitermassen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und ihr Interesse an den Gewerkschaften dauernd wachzuhalten, genügt die schriftliche und mündliche Agitation allein nicht, sondern es muß eine derartige sozialpolitische Forderung in den Vordergrund der Agitation gestellt werden, die gleicherweise die politische Aktion wie den gewerkschaftlichen Kampf notwendig macht. Eine solche Forderung ist der Achtstundentag. Die sozialdemokratische Partei, als die Vertreterin der Arbeiterinteressen, muß im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinderäten Anträge behufs Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages stellen. Zu gleicher Zeit muß eine allgemeine Agitation für den Achtstundentag entwickelt werden, unter besonderer Betonung der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Auf dieser Grundlage wird sich eine Wechselwirkung der politischen und der gewerkschaftlichen Agitation herausbilden, die auf beide Organisationen fördernd wirken wird."

Zimmerer Geffrois findet, daß die Zentralkommission nach den Neigungen Frickes dasselbe erstreben müsse, was Fricke der Partei zum Vorwurf mache, nämlich eine Bevormundung der Gewerkschaften. Jetzt sei die Bewegung im Flusse und da bleibe keine Zeit zu neuen Organisationsversuchen.

Buchdrucker Wendsche spricht seine Enttäuschung über das gehörte Referat aus. Das geplante Sekretariat werde nicht über die bestehenden Mißstände hinweghelfen. Er polemisiert gegen die vorgeschlagene Resolution, die die Politik in die Gewerkschaften trage, dadurch würden die Nichtorganisierten abgeschreckt. Man solle den deutschen Buchdruckern nachstreben, die die Prinzipale zur Verhandlung gezwungen haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18960918/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG